Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,10 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 121. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 25. Mai 1928

Das Reich als Unternehmer.

Es ist in der Öffentlichkeit ziemlich unbekannt, daß auch das Reich, obwohl ihm die Reichsbahn entzogen worden ist, immer noch ein Großunternehmer, ein Teilnehmer ist an einer ganzen Reihe von Unternehmungen, unter denen gar viele mit ihrem Aktienkapital sogar völlig im Besitz des Reiches sind. Der Krieg ist es gewesen, der in der Hauptsache diese Entwicklung eingeleitet und schnell gesteigert hat, während vorher solche Unternehmungen des Reiches recht selten waren, hierfür hauptsächlich nur die Deutsche Werft, damals Kaiserliche Werft in Kiel und ein paar andere Unternehmungen der Marine in Frage kamen, die aber nur für die Bedürfnisse des Reiches arbeiteten. So sah sich das Reich bei Ausgang des Weltkrieges im Besitz zahlreicher, darunter ganz gewaltiger Betriebe, die natürlich damals nur auf die Produktion von Kriegsgerät eingestellt waren, dann aber sehr schnell teils überhaupt zerstört, zum anderen Teil aber auf Friedenserzeugung umgestellt werden mußten. Dabei ist Unerfreuliches, Verschleuderung von Heeresgut, Schiebungen schlimmster Art, Verkauf an Private zu Preisen, die infolge der Inflation rasch auf ein Nichts zusammenschmolzen, vieles andere dergleichen geschehen; eigentlich hat erst die Währungsstabilisierung auch das ganze Gebiet der Reichsunternehmungen stabilisiert. Vieles konnte allerdings nicht mehr gerettet werden, so manches erlag auch jetzt der Stabilisierungskrise, aber nach dieser Sanierung ging es doch wieder aufwärts.

Die Dachgesellschaft all dieser Reichsunternehmungen ist die „Viag" (Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G.) und sie legt jetzt ihren Geschäftsabschluß für das letzte Jahr vor. Entsprechend der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Wirtschaftskonjunktur ist es auch den Reichsunternehmungen recht gut gegangen, so daß die „Viag" ihre Dividende, die selbstverständlich nur dem Reich als dem einzigen Aktionär zugute kommt, von 6 auf 7 Prozent erhöhen konnte.

Die Kontrolle der „Viag" erstreckt sich nun nach zwei Seiten hin: auf der einen Seite richtet sie sich auf die „Reichskreditgesellschaft" (Erka), ein Bankunternehmen, das schon längst den Zorn des Reparationsagenten erregt hat, weil es von zahlreichen Reichsbehörden für die Vermittlung ihrer Geldgeschäfte benutzt wird und damit der Reichsbank Konkurrenz bietet, und auf die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft, über deren Zweck der Name ja schon genug sagt. Auf der anderen Seite stehen die eigentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs. Da sind zunächst die Elektrizitätserzeugungs- und Verteilungsbetriebe wie die „Elektrowerke", das Ostpreußenwerk, die Württembergische Landeselektrizitäts A.-G. u. a.; sehr stark beteiligt ist die „Viag" und damit das Reich auch an den „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken. Etwa 12 Prozent der gesamten deutschen Energieerzeugung dieser Art werden durch die elektrowirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs bestritten. Überall sind die Aktienkapitalien erhöht, die alten Dividenden wieder erreicht oder gesteigert worden. Ferner kontrolliert das Reich eigentlich die ganze deutsche Aluminiumindustrie, die ja betriebstechnisch eng mit der Elektrowirtschaft zusammenhängt. Das Aktienkapital der Vereinigten Aluminiumwerke befindet sich in seiner Mehrheit im Besitz des Reichs; das gleiche gilt für eine große Reihe von Stickstoffwerken.

Besondere Sorgenkinder waren lange Zeit die früheren Deutschen Werke, die es nicht etwa nur in Berlin-Spandau, sondern noch an sechs anderen Stellen des Reichs gab. Sie haben sich alle längst auf Friedensproduktion namentlich von Maschinen umgestellt und machen jetzt den reinen Privatbetrieben eine von diesen vielfach sehr unangenehm empfundene Konkurrenz, nicht zuletzt deswegen, weil die „Viag", hinter der ja das Reich steht, natürlich viel leichter in- und ausländische Kredite erhalten kann als jeder Privatbetrieb. Infolgedessen geht es diesen Tochtergesellschaften der „Viag" im allgemeinen recht gut und die früheren Schwierigkeiten sind fast überall überwunden. Beteiligt ist das Reich dann noch an der Ilseder Hütte, an einem Schiffahrtsunternehmen u. a.

Die „Viag" selbst hat ein Aktienkapital von jetzt 120 Millionen Mark und ihre Beteiligungen an all den erwähnten Unternehmungen haben jetzt die Höhe von über 172 Millionen Mark erreicht. Nimmt man aber noch die gewaltigen Beteiligungen der Länder und namentlich der Kommunen jeder Art an wirtschaftlichen Betrieben allerverschiedensten Charakters hinzu, so gewinnt man ein Bild von dem ungeheuren Ausdehnungstrieb der öffentlichen Hand in der Wirtschaft. Abgesehen von der gewaltigen Konkurrenz, die hierdurch der Privatwirtschaft gemacht wird und die sich auf Betätigungen ausdehnt, für die wirklich nicht die geringste gemeinwirtschaftliche Berechtigung vorliegt, schlummert auch in dieser übermäßigen Ausdehnung die Gefahr von infolgedessen großen Verlusten, wenn einmal die wirtschaftliche Konjunktur eine rückläufige Bewegung nimmt. Das sollte man nicht vergessen und sollte im Reichsinteresse wie in dem der Privatwirtschaft die etwaigen Bestrebungen zu weiterer Ausdehnung mit Sorgfalt prüfen.

Das Ende des Autonomisten-Prozesses

Ricklin, Rosse, Faßhauer und Schell wegen Komplotts gegen Frankreichs Sicherheit verurteilt.

Tumultszenen im Gerichtssaal.

Kolmar, 24. Mai. Nach 2½stündiger Beratung kehrten die Geschworenen im Kolmarer Autonomistenprozeß in den Gerichtssaal zurück und verkündeten das Ergebnis ihrer Beratung. Die Frage, ob ein Komplott gegen die Sicherheit des französischen Staates vorliege, wurde bejaht. Die übrigen Schuldfragen wurden lediglich bei Ricklin, Scholl, Faßhauer und Rossé bejaht. Diese vier Angeklagten wurden zu je einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der fünf Monate Untersuchungshaft verurteilt. Ferner wird ihnen auf die Dauer von fünf Jahren der Aufenthalt im Elsaß verboten. Auf welche Weise sich das Verbot des Aufenthaltes bezieht, wird noch bekanntgegeben werden. Der Präsident gibt darauf den Angeklagten bekannt, daß sie innerhalb dreier Tage den Antrag wegen Kassation des Urteils beim Pariser Kassationshof einreichen können. Hauß, Schlegel, Baumann, Kohler, Bürtz, Heil, Reisacher, Eggemann, Solveen und Schweitzer wurden freigesprochen. Sie werden sofort in Freiheit gesetzt, falls sie nicht wegen anderer Vergehen in Haft bleiben müssen.

Nachdem die Geschworenen wieder im Saale erschienen waren, erklärte der Generalstaatsanwalt, die französische Gerichtsbarkeit sei streng, aber auch großherzig. Als er für die vier Verurteilten mildeste Anwendung des Gesetzes beantragte, ereignete sich etwas Unerwartetes. Der junge Rechtsanwalt Feillet sprang von der Verteidigerbank auf und schrie dem Präsidenten zu: Eine Verurteilung von Männern wie Ricklin, Rossé, Faßhauer und Scholl ist unmöglich! Er konnte jedoch nicht weiterreden, da er, von einem Weinkrampf erstickt, auf der Verteidigerbank buchstäblich zusammenbrach. Im Saale erhob sich Zustimmungsgeschrei, Bravo und Händeklatschen, wie es in dieser stürmischen Form während der ganzen Prozeßverhandlung noch nicht vorgekommen war. Von der Straße drangen unausgesetzt stürmische Demonstrationen der nach Tausenden zählenden Menge zum Gerichtssaal empor. Die Aufregung wuchs von Minute zu Minute. Darauf wurde das oben mitgeteilte Urteil verlesen. Der Gerichtspräsident beglückwünschte die Geschworenen nach Verkündung des Urteils zu ihrem Spruche. Die Verteidigung versuchte mehrfach das Wort zu ergreifen, wurde jedoch vom Präsidenten daran gehindert. Die Schlußansprache des Präsidenten an die Geschworenen ging im allgemeinen Lärm unter. Die vier Angeklagten verabschiedeten sich von ihren Verteidigern und umarmten sie. Unter großer Erregung kleiterte sich der Gerichtssaal, während man draußen fortgesetzt noch das Schreien und Pfeifen der Menge hörte. Man hörte im Saale, wie die außerhalb des Gebäudes befindliche ungeheure Volksmenge das Lied „O Straßburg, o Straßburg" anstimmte.

Nach Abschluß des Autonomistenprozesses fanden in der Stadt stürmische Demonstrationen statt.

Benesch's Berliner Besuch.

Eine amtliche Mitteilung.

Über den Besuch des tschechischen Außenministers Dr. Benesch in Berlin wird in einer offiziellen Note mitgeteilt, daß bei den mit ihm gepflogenen Unterhaltungen die befriedigende Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den letzten Jahren festgestellt werden konnte. Eine Reihe aktueller Einzelfragen befindet sich auf dem Wege der Regelung. Auch in den allgemeinen europäischen Fragen ergaben sich mannigfache Berührungspunkte der Politik der beiden Länder, insbesondere die Übereinstimmung beider Regierungen in dem Ziele, den Wiederaufbau Europas durch nachdrückliche Fortsetzung der Verständigungspolitik zu fördern.

Dr. Benesch ist wieder nach Prag abgereist. Staatssekretär von Schubert überreichte Frau Dr. Benesch bei der Abfahrt einen Strauß gelber Rosen.

Grüße vom Nordpol!

Nobiles erfolgreicher Flug.

Das Luftschiff „Italia", das am Mittwoch von Kingsbay aus startete, passierte nach zwanzigstündigem Fluge den Nordpol. Nach einem Funkspruch hat General Nobile bei seinem mitternächtlichem Flug über dem Nordpol die italienische Flagge und das vom Papst gesegnete Kreuz abgeworfen. An den König von Italien, den Papst und Mussolini sandte er Grüße.

Die „Italia" hatte bis zur Amsterdaminsel Gegenwind, von wo aus sie mit Achterwind Kurs nach Norden setzte. Die neuesten Telegramme aus Spitzbergen melden, daß Nobile eine volle Stunde, von ein bis zwei Uhr nachts, über dem Nordpol kreiste. Während die Fahrt selbst in einer Höhe von 6000 Fuß vorgenommen wurde,

ging das Luftschiff über dem Pol bedeutend herab,

um besser observieren zu können. Die Sicht war besser als beim Fluge der „Norge", die auch nur einige kurze Kreuzungen über dem Pol vornahm. Auf dem Wege zum Nordpol traf die „Italia" auf starke Unwetter mit Schneestürmen. Da jedoch die Meteorologen erklärten, daß es sich um rein lokale Stürme handelte, flog Nobile weiter. Eine Landung konnte er jedoch nicht vornehmen, denn dazu hätte er absolute Windstille gebraucht, die aber nur zur Zeit seines Abfluges vorherrschte. Den Rückflug trat die „Italia" über die vereiste Insel „Amsterdam" an.

Bombenattentat in Buenos Aires.

22 Todesopfer.

Während die Empörung über das Mailänder Attentat auf den König von Italien noch anhält, kommt schon wieder die Kunde von einem Bombenanschlag gegen die italienische Regierung. In Buenos Aires wurde eine Höllenmaschine in den Räumen des italienischen Konsulats zur Explosion gebracht. Eine zweite Bombe explodierte in der italienischen Bank. Im Paßbureau des italienischen Konsulats in Buenos Aires wurden 22 Personen getötet und fast 50 verletzt.

Es ist der fünfte Anschlag dieser Art, der in letzter Zeit zu verzeichnen war. Erst vor zwei Monaten wurden in zwei nordamerikanischen Bankhäusern Höllenmaschinen zur Explosion gebracht; weitere Anschläge richteten sich gegen nordamerikanische Geschäftshäuser in Argentinien. Schließlich wurde vor kurzem auf der Fensterbank des Amtszimmers des argentinischen Justizministers eine Bombe gefunden. Alle diese Anschläge standen mit

anarchistischer Propaganda

im Zusammenhang und waren, soweit sie sich gegen nordamerikanische Unternehmen richteten, ohne Zweifel Racheakte wegen der Hinrichtung Saccos und Vanzettis. Das letztere Attentat könnte den Anschein erwecken, als ob es von Personen ausgeübt worden war, die mit dem Ende vorigen Jahres verhängten außerordentlich scharfen Auswanderungsbestimmungen der italienischen Regierung unzufrieden waren, durch welche die Auswanderung aus Italien so gut wie unmöglich gemacht worden ist. Jedoch ist es ebensogut möglich, daß bei dem Anschlag auf das italienische Paßbureau seine Lage maßgebend war, nämlich in der vornehmsten Villenstraße Buenos Aires, wo u. a. auch die Privatwohnung des Präsidenten Alvenar liegt. In diesem Falle würde es sich um einen Versuch der unbekannten Täter handeln, den Verdacht auf Antifaschisten abzuwälzen.

Der Bombenanschlag gegen das italienische Konsulat in Buenos Aires hat in Rom das größte Aufsehen erregt. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Anschlag dem italienischen Botschafter, der zur Zeit der Bombenexplosion eigentlich im Konsulat hätte weilen sollen, gegolten hat. Nach weiteren Meldungen aus Buenos Aires ist am gleichen Tage in einer Apotheke, deren Besitzer der Sekretär des Faschistenverbandes in Buenos Aires ist, eine Bombe gefunden worden, deren Explosion noch rechtzeitig verhindert werden konnte.

Die sächsische Industrie gegen Erhöhung der Eisenbahngütertarife.

In den letzten Tagen wurde die Denkschrift veröffentlicht, die die Reichsbahnhauptverwaltung zur Begründung ihrer Mehrforderung von 250 Millionen und der daraus sich ergebenden Forderung nach einer Erhöhung der Güter- und Personentarife verfaßt hat. Nachdem der Reichsverkehrsminister sich bereits früher gegen diese Tariferhöhung ausgesprochen hat, hat auch das Reichskabinett vorläufig zu dieser Tariferhöhung seine Zustimmung noch nicht gegeben, sondern einen Zwischenbescheid erteilt und um weitere Unterlagen gebeten. Da aber damit noch nicht eine endgültige Ablehnung der Tariferhöhung durch die Reichsregierung ausgesprochen ist, so erscheint es notwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß die im Verband Sächsischer Industrieller vertretene sächsische Industrie von der Notwendigkeit der jetzt von der Reichsbahnhauptverwaltung geforderten Tariferhöhung nicht restlos überzeugt ist, sondern den dringenden Wunsch hat, daß vor Durchführung einer solchen Erhöhung zunächst von objektiver Stelle, d. h. also nicht nur von der Reichsbahnhauptverwaltung selbst die Verhältnisse bei der Bahn daraufhin genau nachgeprüft werden, ob nicht aus dem Betriebe der Reichsbahnhauptverwaltung diese Mehrforderungen in irgendeiner Form herausgewirtschaftet werden können. Zu dieser Annahme muß man um so mehr gelangen, als gerade auch

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF